

DGB kritisiert Flickenteppich bei Jobcentern

Böblingen Auch die SPD-Arbeitnehmer bezweifeln den Sinn einer Kommunalisierung der Hartz-IV-Behörde. *Von Günter Scheinpflug*

Die Arbeitsgemeinschaften der Jobcenter und der Agentur für Arbeit sollen fortgeführt werden, wenn es nach dem Vorsitzenden des DGB Nordwürttemberg, Bernhard Löffler, geht. Er hat sich in Böblingen bei einer Diskussionsveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (Afa) der SPD gegen die Betreuung der Langzeitarbeitslosen ausschließlich durch kommunale Mitarbeiter ausgesprochen. „Es darf keine Zweiklassengesellschaft von Erwerbslosen entstehen“, erklärte Löffler. Die Frage sei zudem, ob kommunale Jobcenter auf dem nationalen und auch internationalen Arbeitsmarkt überhaupt erfolgreich agieren könnten.

Das Bundesverfassungsgericht hatte Ende 2007 die gemeinsame Betreuung von Langzeitarbeitslosen durch Kommunen und Arbeitsagenturen in den Jobcentern als unzulässige Mischverwaltung beanstandet. Kreise und Kommunen sollen nun die Jobcenter in eigener Regie und mit eigenem Personal betreiben können. „Wenn sich einzelne Kommunen zu diesem Schritt durchringen, andere aber weiterhin mit der Agentur für Arbeit zusammenarbeiten, erhalten wir arbeitsmarktpolitisch einen Flickenteppich“, befürchtet Löffler.

Von Landkreis zu Landkreis dürfe es aber keine Qualitätsunterschiede bei den Hilfen und bei der Vermittlung der Arbeitssuchenden geben. „Wir brauchen eine Arbeitsmarktpolitik aus einer Hand“, forderte der Gewerkschafter. Es dürfe deshalb zumindest nicht nur vereinzelt Jobcenter unter kommunaler Hoheit geben.

WIE DIE ANDEREN IN DER REGION VERFAHREN

Beschlossen Auch künftig wollen der Kreis Göppingen und die Agentur für Arbeit eng zusammenarbeiten. Das gemeinsame Engagement für die Grundsicherung der Arbeitssuchenden funktioniere, stellte der Kreistag fest. Die Arbeitsgemeinschaft der Jobcenter mit der Agentur für Arbeit habe gute Erfolge erzielt. Deshalb soll die Tandemlösung eine feste Einrichtung werden. Auch der Rems-Murr-Kreis soll laut dem Votum des Kreistagsausschusses an der Zusammenarbeit festhalten. In Esslingen wird die bewährte Zusam-

menarbeit im Vorfeld der Kreistagsentscheidung weder von der Verwaltung noch von den Fraktionen infrage gestellt.

Übernahme Eine deutliche Mehrheit für eine Übernahme der Jobcenter zeichnet sich in Ludwigsburg ab. Dort sehen viele Räte und die Verwaltung eine größere Bürgernähe, mehr sozialpolitische Spielräume und mehr Mitbestimmung als die Vorteile.

Offen In Stuttgart hat die Ratshauspitze eine Übernahme verworfen. Die Zusammenar-

beit bisher habe sich bewährt. Auch in einer Arbeitsgemeinschaft werden Gestaltungsmöglichkeiten gesehen. Der Gemeinderat will in Kürze darüber entscheiden. Im Moment treten die Grünen für eine kommunale Trägerschaft ein. Und auch in Böblingen steht demnächst die Entscheidung darüber an. Die Kreisräte sind sich allerdings noch uneins. Die Verwaltung will noch die Perspektiven bei einer Übernahme der Jobcenter prüfen. Der Vorteil dabei sei, dass die Langzeitarbeitslosen aus einer Hand betreut werden könnten. *gig*

Helmut Roth, der Afa-Vorsitzende der Region Stuttgart, bezweifelte, dass in den Kommunen genügend Spezialisten für die Arbeitsvermittlung sitzen: „Das ist die Hauptaufgabe der Agentur.“ Einen kommunalen Arbeitsmarkt gebe es nicht. Die Frage sei zudem, so Roth, „ob ein kommunal betriebenes Jobcenter jemals die Kontakte zu den Unternehmen gewinnen kann, über die die Vermittler in der Arbeitsagentur verfügen“.

Einzelne Afa-Mitglieder äußerten in der Diskussionsrunde jedoch auch die Be-

fürchtung, dass sich bei einer Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaften „die zentralistische Großbürokratie“ der Bundesagentur langfristig durchsetzen könnte.

„Wir brauchen weiterhin ein Mitbestimmungsrecht in den Jobcentern“, forderte Gabriele Schmauder, die SPD-Kreisrätin und Leonberger Sozialdezernentin. Sie vermutet, dass die Agentur Kürzungen bei der Betreuung von Langzeitarbeitslosen vornehmen werde, etwa auch bei der psychosozialen Beratung. Die Kreisrätin sprach sich für intensive, individuelle Hilfen aus einer Hand und einen „kleinräumigen Ansatz vor Ort“ aus, der den Betroffenen nütze. Schmauder plädierte dafür, die Nahtstellen zwischen der Jugendhilfe, der Drogen- und der Schuldnerberatung künftig noch besser zu schließen und warnte davor, stattdessen durch mehr Einfluss der Arbeitsagentur noch mehr Schnittstellen zu schaffen.

Der katholische Betriebsseelsorger Walter Wedl, der die Diskussion verfolgte, meinte kritisch, dass es sich bei der Frage, wer künftig die Jobcenter betreiben solle, um ein eher nachrangiges Thema handle. „Den Arbeitssuchenden ist es egal, unter welcher Regie die Behörde geführt wird“, sagte Wedl. Für die Betroffenen sei viel wichtiger, dass sie überhaupt einen verlässlichen Ansprechpartner haben. Angesichts der hohen Fluktuation der Mitarbeiter in den Jobcentern sei dies aber zuletzt nicht immer der Fall gewesen.